

Inhalt

*Die EMRK und die Schweiz: Der internationale Menschenrechtsschutz: Entwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes - Europarat und EMRK: Europarat - EMRK: Zustandekommen - Protokolle - Reform - Würdigung - Das Verhältnis der Europäischen Union zur EMRK - Die Schweiz und der internationale Menschenrechtsschutz - Die Schweiz als Partei der EMRK: Beitritt der Schweiz zur EMRK - Ratifizierung der Zusatzprotokolle - Vorbehalte und auslegende Erklärungen: Grundlagen - Auslegende Erklärung über den Zugang zum Gericht (Art. 6 Abs. 1 EMRK) - Vorbehalte zur Öffentlichkeit des; Verfahrens (Art. 6 Abs. 1 EMRK) - Auslegende Erklärung zur Unentgeltlichkeit des amtlichen Verteidigers und eines Dolmetschers (Art. 6 Abs. 3 [c] und [e]) - Pionierrolle der Schweizer Behörden - Bedenken hinsichtlich der EMRK - Kündigung der EMRK? - Urteile des Gerichtshofs in Schweizer Fällen; Statistiken

Die EMRK und die schweizerische Rechtsordnung: Geltung, Rang und Anwendbarkeit der EMRK in der Schweiz: Geltung der EMRK in der Schweiz - Rang der EMRK in der schweizerischen Rechtsordnung - Unmittelbare Anwendbarkeit der EMRK - Geltendmachung und Überprüfung der EMRK: Bindung aller Behörden an die EMRK - Günstigkeitsprinzip (Art. 53 EMRK) - Geltendmachung vor dem Bundesgericht: Staatsrechtliche Beschwerde: Verhältnis zu anderen bundesrechtlichen Rechtsmitteln (Art. 84 Abs. 2 OG) - Erschöpfung des kantonalen Rechtswegs (Art. 86 Abs. 1 OG) - Novenrecht - Erfordernis eines kantonalen Endentscheides (Art. 87 OG) - Berechnung der Frist (Art. 89 OG) - Begründung der staatsrechtlichen Beschwerde (Art. 90 OG) - Kognition des Bundesgerichts - Verwaltungsgerichtsbeschwerde - Überprüfung der EMRK - Bindung des Bundesgerichts an innerstaatliche Bestimmungen: Art. 113 Abs. 3 BV (neu: Art. 191 BV) - Kantonsverfassungen - Reaktionen der Schweizer Behörden

Zulässigkeit und Prüfung einer Individualbeschwerde: Voraussetzungen der Zulässigkeit: Recht auf Individualbeschwerde - Bedeutung der Zulässigkeit

- Übersicht über die Zulässigkeitsvoraussetzungen: Anonyme Beschwerden - Missbrauch des Beschwerderechts - Übereinstimmung mit einer früheren Beschwerde - Befassung anderer internationaler Instanzen - Persönliche, örtliche, zeitliche und sachliche Zuständigkeit des Gerichtshofs (N. 98) - Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs (N. 111) - Frist von sechs Monaten (N. 140) - Begründetheit der Beschwerde (N. 146) - Streichung im Register - Zuständigkeit des Gerichtshofs (Art. 35 Abs. 3 EMRK): Persönlicher Geltungsbereich (*ratione personae*): Beschwerdeführer: Partei- und Prozessfähigkeit - Betroffenheit und Beschwer - Beschwerdegegner - Örtlicher Geltungsbereich (*ratione loci*) - Zeitlicher Geltungsbereich (*ratione temporis*) - Sachlicher Geltungsbereich (*ratione materiae*) - Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs (Art. 35 Abs. 1 EMRK): Effektive (tatsächliche) Ausschöpfung des Rechtswegs: Grundsatz - Ausgestaltung a) Rechtsmittel ans Bundesgericht - Beschwerden gegen bundesgerichtliche Verfahren - Instanzenzüge ausserhalb des Bundesgerichts - Nichteffective Rechtsmittel - Wirksame Ausschöpfung des Rechtswegs: Innerstaatliche Geltendmachung der Rügen - Einhaltung innerstaatlicher Vorschriften - Die Frist von sechs Monaten (Art. 35 Abs. 1 EMRK): Berechnung der Frist - Nicht effektive Rechtsmittel Unbegründetheit der Beschwerde (Art. 35 Abs. 3 EMRK): Feststellung der fehlenden EMRK-Verletzung - Einzelne Aspekte: Fehlende Opfereigenschaft (Beschwerer) - Ungenügende Substantiierung - Ergänzung der sog. «Vierten-Instanz»-Formel - Keine eigenständige Rechtsfrage - Pauschale Unbegründetheit (sog. *global formula*) - Prüfung der Individualbeschwerde: Konkrete und abstrakte Normenkontrolle - Verhandlungs- und *Officialmaxime* - Auslegung der EMRK: Grundsatz der autonomen völkerrechtlichen Auslegung - Die gewöhnliche Bedeutung in ihrem Zusammenhang («*ordinary meaning in context*») - Ziel und Zweck der EMRK - Bezugnahme auf andere völkerrechtliche Verträge - Hilfsmittel der Auslegung - Bedeutung der früheren Praxis des Gerichtshofs - Charakteristiken der EMRK: Objektiver Charakter - Negatorischer Charakter - Subsidiärer Charakter - Konstitutiv-institutionelle Funktionen der EMRK - Die EMRK als «*living instrument*» - Die Staatenbeschwerde: Wesen - Praxis - Voraussetzungen - Ausblick

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Struktur und Verfahren des Gerichtshofs: Richter - Organisation: Kammern - Grosse Kammern, Filterausschüsse - Ausschüsse - Plenum - Kanzlei - Arbeitsweise - Sitzungen - Öffentlichkeit des Verfahrens - Gebrauch der Sprachen - Vorsorgliche Massnahmen (Art. 39 VO GH) - Parteien: Beschwerdeführer: Immunitäten - Rechtsvertreter - Unentgeltliche Rechtspflege - Regierungsvertreter - Beteiligung Dritter - Das Zulässigkeitsverfahren: Einreichung und Registrierung einer Beschwerde - Entscheidung über die Zulässigkeit - Gütliche Regelung: Ausgestaltung - Praxis in Schweizer Fällen - Meritorisches Verfahren; *Fact-Finding*:

Weiterzug an die Grosse Kammer; Filterausschüsse - Urteile: Inhalt - Auslegung (Erläuterung) des Urteils - Revision des Verfahrens - Streichung von der Liste (N. 95) - Gutachten - Wirkungen der Urteile des Gerichtshofs: Grundsätze - Rolle des Ministerkomitees des Europarates - Zusprechung einer Entschädigung (Art. 41 EMRK): Anspruch des Beschwerdeführers - Verhältnis zur restitutio in integrum - Schadenersatz - Kostenersatz - Praxis in Schweizer Fällen - Befolgung der Urteile in Schweizer Fällen - Möglichkeiten der Durchführung der Urteile in der Schweiz: Konventionswidrige Gesetze - Konventionswidrige Verwaltungsakte - Konventionswidrige Gerichtsurteile - Revisionsgründe des Organisationsgesetzes (OG) - Indirekte Wirkungen der Urteile - Würdigung

Materielle Garantien der EMRK und der Zusatzprotokolle: Recht aufleben (Art. 2 EMRK): Grundsatz - Ausnahmen - Praxis - Besondere Fragen: Abtreibung - Schusswaffengebrauch durch die Polizei - Verbot der unmenschlichen Behandlung und Strafe (Art. 3 EMRK): Struktur von Art. 3 EMRK: Tragweite - Schwellen, insbesondere zur Folter - Verbot der unmenschlichen Strafe oder Behandlung: Bedingungen der Untersuchungshaft: Positive Sorgspflicht - Einzelhaft - Bekämpfung des internationalen Terrorismus; der Fall Kröcher und Möller - Schweiz - Bedingungen der Strafhaft - Haft, die der Todesstrafe vorangeht - Bedingungen der psychiatrischen Unterbringung - Beweislastverteilung bei angeblichen behördlichen Übergriffen: Grundsatz - Umkehrung der Beweislast - Türkische Fälle - Verbot der erniedrigenden Behandlung oder Strafe - Ausweisung und Auslieferung: Grundsatz - Schweizerische Rechtslage - Ausgestaltung - Vergleich mit dem UNO-System

Verbot der Zwangsarbeit (Art. 4 EMRK): Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit (Abs. 2) - Ausnahmen (Abs. 3) - Bedingungen des Freiheitsentzugs (Art. 5 EMRK): Arten des Freiheitsentzugs - Innerstaatliches Verfahren und Gesetz als Grundlage: Verfahrensmässigkeit der Haft - Erfordernis der gesetzlichen Grundlage - Kompetenzen des Strassburger Gerichtshofs - Gründe für die Inhaftnahme (Abs. 1 [a]-[f]): Haft nach Verurteilung (Abs. 1 [a]) - Erzwingung von Verpflichtungen (Abs. 1 [b]) - Untersuchungshaft (Abs. 1[c]) (N. 343) - Inhaftnahme Minderjähriger (Abs. 1 [d]) - Unterbringung von Kranken und Landstreichern (Abs. 1 [e]) - Abschiebungs- und Auslieferungshaft (Abs. 1 [f]) - Insbesondere die Untersuchungshaft (Abs. 1 [c]): Beginn und Ende der Untersuchungshaft - Richterliche Vorführung - Tatverdacht, Ausführungs- oder Fluchtgefahr - Recht des Inhaftierten auf Information (Abs. 2) - Vorführung vor den Richter oder richterlichen Beamten (Abs. 3): Der Richter bzw. richterliche Beamte - Unverzügliche Vorführung - Dauer der Untersuchungshaft (Abs. 3): Kriterien - Kautions I. Recht aufrichterliche Haftprüfung (Abs. 4): Anspruch auf Haftprüfung - Gericht - Verfahren - Anspruch auf Entschädi-

gung für EMRK-widrige Haft (Abs. 5)

Garantien des fairen Gerichtsverfahrens (Art. 6 EMRK) I: Geltungsbereich der Verfahrensgarantien: Zivilverfahren: Massgebliche Kriterien, Streitigkeit (contestation) - Anspruch - Zivilrechtlicher Charakter - Einzelne Rechtsbereiche: Eigentumsgarantie - Schadenersatzforderungen gegenüber dem Gemeinwesen - Adhäsions- und Ehrverletzungsverfahren - Berufs- und Gewerbetätigkeit - Öffentlichrechtliche Dienstverhältnisse (Beamte) - Sozialversicherung - Vollstreckungsverfahren - Nichtanwendbarkeit von Art. 6 EMRK - Strafverfahren: Massgebliche Kriterien - Einzelne Rechtsbereiche: Übertretungsstrafrecht - Steuerstrafverfahren - Disziplinarverfahren - Nichtanwendbarkeit von Art. 6 EMRK - Weitere Fälle: Qualifizierungen während des Verfahrens - Bundesgerichtliche Verfahren - Revision (Wiederaufnahme) - Würdigung - Garantien des fairen Gerichtsverfahrens (Art. 6 EMRK) - Anforderungen an das Gericht: Allgemeine Anforderungen - Gesetzliche Grundlage - Unabhängigkeit und Unbefangenheit des Gerichts: Unabhängigkeit - Unbefangenheit: Ausgestaltung - Strassburger Rechtsprechung - Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts - Kognition - Recht auf Zugang zu einem Gericht: Ausgestaltung - Einschränkungen - Auswirkungen auf die schweizerische Rechtsordnung: Auslegende Erklärung (1974) - Änderung der Erklärung (1988-1992) - Rechtsprechung des Bundesgerichts - OG-Revision (1991) - Schiedsgerichtsbarkeit

Garantien des fairen Gerichtsverfahrens (Art. 6 EMRK) III: Öffentlichkeit und Dauer: Öffentlichkeit des Verfahrens: Grundsatz - Die öffentliche Verhandlung: Verzicht - Erste, u.U. einzige Verhandlung - Kassations- und Verfassungsgerichte - Berufungsinstanzen - Ausnahmen zur Öffentlichkeit (Art. 6 Abs. 1, 2. Satz) - Öffentliche Urteilsverkündung - Angemessene Dauer des Verfahrens: Tragweite und Grenzen dieses Anspruchs - Schweizerische Rechtsordnung - Berechnung der massgeblichen Periode - Massgebliche Kriterien: Bedeutung der Sache für den Beschwerdeführer - Komplexität des Falles - Verhalten des Beschwerdeführers - Behandlung des Falles durch die Behörden - Praxis in Schweizer Fällen - Übersicht über die Urteile des Gerichtshofs - Summarische Überprüfung

Garantien des fairen Gerichtsverfahrens (Art. 6 EMRK) IV: Fairness des Verfahrens; die besonderen Rechte des Angeklagten: Allgemeine Grundsätze - Fairness des Verfahrens (Art. 6 Abs. 1 EMRK): Persönliche Teilnahme am Verfahren: Persönliche Anwesenheit - Persönliche Befragung von Zeugen - Waffengleichheit - Beweisrecht - Rechtliches Gehör - Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 EMRK): Tragweite - «Vorverurteilung» - Kostenaufgabe - Verteidigungsrechte; Belangung von Erben für Steuerstrafen des Erblassers - Beweislastverteilung - Presseberichterstattung - Das Recht zu schweigen - Besondere Garantien des Angeklagten (Art. 6 Abs. 3 EMRK): Unterrichtung

über die Beschuldigung (Abs. 3 [a]) - Vorbereitung der Verteidigung (Abs. 3 [b]) - Anwaltliche Vertretung (Abs. 3 [c]): Inhalt und Tragweite des Anspruchs - Das Recht, sich selbst zu verteidigen - Das Recht, sich verteidigen zu lassen - Officialverteidigung - Das Recht auf effektive Verteidigung - Benennung und Befragung von Zeugen (Abs. 3 [d]) - Unentgeltlicher Dolmetscher (Abs. 3 [e]) - Keine Strafe ohne Gesetz (Art. 7 EMRK): Inhalt und Tragweite der Garantie - Verhältnis zum Verfahrensrecht - Ermessen innerstaatlicher Gerichte - Völkerrechtliche Straftatbestände - Vorbemerkungen zu Art. 8-11 EMRK: Rechtfertigung von Eingriffen gemäss Abs. 2: Feststellung und Folgen eines Eingriffs - Erfordernis der gesetzlichen Grundlage: Grundsatz - Zugänglichkeit und Vorhersehbarkeit - Behördliches Ermessen - Praxis in Schweizer Fällen - Eingriffszweck - Notwendigkeit der Massnahme

Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und des Briefverkehrs (Art. 8 EMRK): Recht auf Achtung des Privatlebens: Wesen und Schwere des Eingriffs - Verfügungsrecht über die eigene Person (Selbstbestimmungsrecht): Verfügung über den eigenen Körper - Anspruch auf Achtung der Identität und der Ehre - Anspruch auf Achtung zwischenmenschlicher Beziehungen - Freie Lebensgestaltung - Anspruch auf Umweltschutz - Achtung der Privatsphäre: Telefonüberwachung - Speicherung und Verwertung von Informationen - Einsicht in gespeicherte Informationen - Recht auf Achtung des Familienlebens: Wesen und Schwere des Eingriffs - Achtung der ehelichen oder ausserehelichen Gemeinschaft - Achtung der Kindesverhältnisse: Begriff - Abwägung der Interessen - Zuweisung als Folge der Scheidung - Familientrennung durch Ausweisung: Entwicklung der Rechtsprechung - Feststellung eines Eingriffs - Rechtfertigung des Eingriffs - Recht auf Achtung der Wohnung: Abgrenzungen - Begriff der Wohnung - Eingriffe in das Recht - Rechtfertigung des Eingriffs - Recht auf Achtung des Briefverkehrs: Tragweite - Rechtfertigung von Eingriffen

Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 9 EMRK): Individuelle Religionsfreiheit - Gedanken- und Gewissensfreiheit - Ausübung dieser Rechte - Konstitutiv-institutionelle Funktionen - Meinungsäusserungsfreiheit (Art. 10 EMRK): Äusserung eigener Meinungen und Ideen: Inhalt und Grenzen - Rechtfertigung von Eingriffen - Insbesondere die Situation von Beamten - Kunstfreiheit - Informationsfreiheit: Aktive Informationsfreiheit - Passive Informationsfreiheit - Kommerzielle Informationen - Pornographie - Standesregeln - Pressefreiheit: Funktionen - Tragweite - Rechtfertigung von Eingriffen - Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten - Freiheit von Radio und Fernsehen: Grundlagen - Genehmigungsverfahren (Art. 10 Abs. 1, 3. Satz) - Programmgestaltung - Übertragung und Weitervermittlung von Informationen - Empfang von Radio- und TV-Sendungen - Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 11 EMRK): Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit

- Vereinigungsfreiheit - Koalitionsfreiheit - Treuepflicht staatlicher Bediensteter - Ehefreiheit (Art. 12 EMRK): Inhalt und Tragweite der Garantie - Rechtfertigung eines Eingriffs - Familiengründung
Recht auf wirksame Beschwerde (Art. 13 EMRK): Akzessorisches Verhältnis zu anderen EMRK-Garantien - Anforderungen an Beschwerdeinstanz und -verfahren - Der «vertretbare» Anspruch bei fehlender Beschwerdemöglichkeit: Grundsatz - Entwicklung der Rechtsprechung - Verbot der Diskriminierung (Art. 14 EMRK): Geltung und Tragweite - Umfang der Überprüfung gemäss Art. 14 EMRK - Vergleichbare Umstände - Rechtfertigungsgründe - Verhältnismässigkeit - Praxis zur Geschlechterdiskriminierung - Die Garantien der Zusatzprotokolle: Protokoll: Eigentumsgarantie (Art. 1 des 1. Protokolls): Inhalt und Tragweite der Garantie - Entzug des Eigentumsrechts - Regelung der Benutzung des Eigentums - Andere Eingriffe - Recht auf Bildung und Elternerziehungsrechte (Art. 2 des 1. Protokolls): Zugang zu öffentlichen Schulen - Berücksichtigung der Überzeugungen der Eltern - Wahlrecht (Art. 3 des 1. Protokolls) - Protokoll: Verbot des Schuldverhafts (Art. 1 des 4. Protokolls) - Recht auf Freizügigkeit (Art. 2 des 4. Protokolls) - Aufenthaltsrecht des Staatsbürgers (Art. 3 des 4. Protokolls) - Verbot der Kollektivausweisung (Art. 4 des 4. Protokolls) - 6. Protokoll - Verbot der Todesstrafe - 7. Protokoll: Verfahrensgarantien bei Ausweisung (Art. 1 des 7. Protokolls) - Recht auf Berufung (Art. 2 des 7. Protokolls) - Recht auf Entschädigung nach Fehlurteil (Art. 3 des 7. Protokolls) - Verbot der Doppelverfolgung (Art. 4 des 7. Protokolls) - Gleichberechtigung der Ehegatten (Art. 5 des 7. Protokolls)
Qualifizierungen der materiellen Rechte des EMRK-Systems: Einschränkungen aufgrund eines Notstandes (Art. 15 EMRK) - Politische Tätigkeit von Ausländern (Art. 16 EMRK) - Missbrauchsverbot (Art. 17 EMRK) - Zweckbindung etwaiger Schranken (Art. 18 EMRK)